

Alle Menschen mitnehmen und einbinden

Cornelia Behnke-Koch (parteilos) hat in Kindelbrück eine Vielzahl von Projekten angestoßen und sich erfolgreich gegen den Abwärtstrend in einer strukturschwachen Region gewehrt

Sie sind seit 2004 ehrenamtliche Bürgermeisterin für DIE LINKE, aber kein Mitglied der Partei. Warum?

Es gibt in der heutigen Zeit viele Dinge, bei denen man sich für die Menschen einsetzen muss. Aus dem Grund bin ich der Partei immer noch sehr nahe. Wegen privaten Gründen, die aus der Wendezeit herrühren, bin ich aus der Partei ausgetreten. Das hatte aber keine politisch-inhaltlichen Ursachen. Ich habe mich nach dem Austritt aus der SED entschlossen, niemals wieder einer Partei beizutreten.

In den letzten Wochen war zu hören, dass es bezüglich ihrer Kandidatur einige Unstimmigkeiten gab ...

Nein, es gab weder Unstimmigkeiten noch gesundheitliche Probleme, wie es in der Zeitung stand. Mein Problem ist – dazu stehe ich auch – dass diese Arbeit eigentlich kein Ehrenamt ist, sondern 40 Stunden die Woche meine volle Aufmerksamkeit benötigt. Ich muss einer anderen Arbeit nachgehen, weil ich sonst nicht genügend Geld zum Leben habe. Diese Doppelbelastung aus Job und Ehrenamt, das ich sehr ernst nehme, ist für mich aber fast nicht machbar, das musste ich in



den letzten Jahren erkennen. Deswegen hatte ich eigentlich vor, aufzuhören. Ich will aber die Projekte, die ich in den vergangenen Jahren angestoßen konnte, weiterführen.

Welche Projekte sind das?

Wir haben einen Kindergarten gebaut und ein neues Seniorenzentrum, was sich jetzt als Mehr-Generationen-Haus etabliert hat. Beim Bau des Kindergartens gab es damals große Probleme, aber gerade das neue Gesetz zur besseren Familienpolitik zeigt doch, dass wir auf dem richtigen Weg waren.

Die Betreuung von Kleinstkindern müssen wir nicht erst neu organisieren, die gibt es schon. Auch im sozialen Bereich haben wir viel voran gebracht. Wir feiern jedes Jahr den Frauentag. Die Tradition des Kinder- und Heimatfestes haben wir gestärkt. Im Bereich Wasser wurde viel unternommen, weil unser Wasser sehr nitrathaltig ist. Dazu haben wir auch eine Bürgerversammlung abgehalten. Da mussten wir einiges aushalten, aber es war mir wichtig, dass man hier nicht einfach über die Köpfe der Bürger hinweg entscheidet, sondern alle Menschen mitgenommen und eingebunden werden. Die CDU hat das, wie viele andere, lang gar nicht interessiert, erst kurz vor den Wahlen wollten sie damit Punkten. Für die nächste Legislaturperiode wird das Thema Abwasser ganz oben auf der Agenda stehen, weil die Gebühren immer mehr steigen und die Planung der 90er Jahre von Abwassermengen ausgegangen ist, die gar nicht eingeleitet werden. Ein ganz großes Projekt wird der Bau eines Heimes für Demenzerkrankte sein, das wir zusammen mit der Altavivgruppe in Angriff nehmen wollen. Das würde bis zu 80 Arbeitsplätze schaffen. Und ich werde schauen, ob wir noch etwas in Angriff nehmen können, auch um Gewerbe nach Kin-

delbrück zu locken. Wir haben nach 17 Jahren wieder zwei Ladenlokale auf dem Markt und auch einige kleine Läden. Es gibt also viel positives zu berichten.

Das hört sich so an, als wäre Kindelbrück geradezu ein Leuchtturm in einer Strukturschwachen Region

Ja, wir wollen auch ein Leuchtturm sein und die Stellung noch weiter ausbauen. Und ich will, dass wir gemeinsam mit den anderen Bürgermeistern der Verwaltungsgemeinschaft eine gleichberechtigte Partnerschaft eingehen, um unsere Region als Ganzes zu stärken. Wir werden uns auf jeden Fall gegen eine Zwangseingemeindung zur Wehr setzen. Ein Zusammenschluss mit Weißensee widerstrebt allen Kindelbrückern, unabhängig von ihrer politischen Haltung. Die kleinen Orte sollen lebenswert bleiben und sich nicht alles auf Kölleda konzentrieren. Wenn der Kandidat der CDU die Wahl gewinnt, ist das nicht mehr gewährleistet. Ich stehe dafür ein, etwas für die Bürger zu tun. Entweder die Bürger erkennen das an, dann haben sie mich weiter verdient, oder sie bekommen jemanden, der in einer Traumwelt lebt.

T. H.

Mit den Menschen intensiv im Gespräch

Hans-Werner Büchel (DIE LINKE) ist seit 1994 Bürgermeister im kleinen Örtchen Beinerstadt und hat trotz knapper finanzieller Mittel fast das ganze Dorf sanieren können

Sie sind hauptberuflich Versicherungsvertreter. Haben sie das bereits zu DDR-Zeiten gelernt oder sind Sie erst nach 1990 dazu gekommen?

Mein Vater war Bauer und ich bin 1977 ebenfalls als Diplomlandwirt in diesen Beruf eingestiegen. Deswegen konnte ich auch nicht gleich in die Partei eintreten, weil es damals diese Quotierung gegeben hat und so hat es bis 1982 gedauert. Mein Vater und auch mein Großvater haben schon damals die Versicherungen für das ganze Dorf organisiert, so wie es in der DDR üblich war und so bin ich auch dazu gekommen. Nach der Wende konnte ich an einer Qualifizierungsmaßnahme in Berlin teilnehmen und so ergab sich die Chance, es hauptberuflich zu machen. Diese selbständige Tätigkeit bringt für mich, als ehrenamtlichen Bürgermeister, viele Vorteile, weil ich keinen Arbeitgeber fragen muss, wenn ich z. B. etwas mit dem Landratsamt zu klären habe. Deswegen sind viele ehrenamtliche Bürgermeister als Selbständige oder Freiberufler tätig.

Der Süden Thüringens war immer eine schwarze Hochburg. 2009 haben Thilo Kummer und Jens Petermann



Direktmandate für Land- bzw. Bundestag errungen. Würden sie das als Trendwende sehen?

Ich bin seit 1994 ehrenamtlicher Bürgermeister und ich kann schon sagen, dass sich 2009 der Trend weg von der CDU und ein Stück weit hin zur LINKEN bewegt hat. Aber es gibt auch eine generelle Tendenz zu Radikalisierung und wir merken das leider auch daran, dass die Protestwähler zunehmen und davon profitiert unglücklicherweise der rechte Rand. Das hängt

natürlich auch mit der Wirtschaftskrise zusammen. In meiner Gemeinde selber merke ich das weniger, aber im Umfeld ist das schon festzustellen.

Der Kreis Hildburghausen gilt eher als wirtschaftlich etwas stärkere Region in Thüringen. Ist auch die Nähe Bayerns ein Vorteil?

Was das Thema Arbeit angeht sicherlich. Ich würde aber nicht sagen, dass deswegen mehr Geld in der Region bleibt, lediglich auf die Arbeitslosenzahlen wirkt sich das positiv aus. Aber es gibt auch Nachteile, denn vieles bleibt auf der Strecke, wenn der tägliche Weg zur Arbeit soviel Zeit in Anspruch nimmt. In vielen Familien arbeitet nur der Mann, während die Frau zu Hause ist. Auch das ist keine optimale Situation.

Wie setzen Sie vor Ort LINKE Kommunalpolitik durch?

Das ist leicht zu sagen, aber schwer durchzusetzen. Natürlich konnte ich schon einige Dinge im Interesse der Menschen realisieren. Zum Beispiel sind alle Straßen saniert, ohne das dafür die Straßenausbaubeiträge erho-

ben wurden. 2008 hatten wir hier ein schweres Unwetter mit erheblichen Schäden. Das Land hat angeboten, sich mit 50 Prozent an der Beseitigung der Schäden zu beteiligen, aber nur wenn wir als Gemeinde die anderen 50 Prozent aufbringen. Das Geld war aber schon langfristig für die Dorferneuerung verplant. Deswegen haben wir einen Kredit aufgenommen, weil wir sonst ja kein Geld vom Land bekommen hätten und die Beseitigung der Schäden wäre allein an uns hängen geblieben. Leider haben wir dann von der Kommunalaufsicht die Auflage bekommen, Straßenausbaubeiträge zu erheben, obwohl wir das Geld gar nicht dafür ausgegeben haben. Ich bin dann intensiv mit den Menschen ins Gespräch gekommen und wir haben alle gemeinsam die Hoffnung, dass wir im Herbst diese Satzung wieder aufheben können, wenn die Entscheidung zu den Straßenausbaubeiträgen gefallen ist. Manchmal muss man aber einfach solche Kröten schlucken. Unser Kindergarten war z. B. einfach nicht zu halten, weil es zu wenig Kinder gibt. Ich konnte mich aber mit den Nachbarorten einigen und die Eltern haben die freie Wahl, wo sie ihre Kinder hinschicken.

T. H.